

Bitte nachfolgende Basis-Infos (2 Seiten) unbedingt lesen. Zusätzlich Anhang für Interessierte.

DAS WICHTIGSTE

Es ist möglich, CETA und TTIP zu stoppen. Wir können unser politisches Ziel erreichen. Der Widerstand wird breiter. Je mehr die Leute informiert sind, umso stärker lehnen sie die Abkommen ab. TTIP und CETA sind stärkstes Mobilisierungsthema der vergangenen Jahre. Die Befürworter haben keine schlagkräftigen Argumente. Sie sind eindeutig in der Defensive. Wichtiger Termin: **Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin.**

VERHANDLUNGEN UND VERFAHREN

TTIP

Verhandlungen laufen schleppend. Kein Abschluss in 2015. Abschluss frühestens 2016, vielleicht erst 2017. Verhandlungsstand: Annäherung bei eher technischen Fragen. Beginn konsolidierter Text zu regulatorischer Kooperation (aber Vorstellungen noch weit auseinander). Zu ISDS schreibt das BMWIE am 12. Mai an Alexander Ulrich: „Die Verhandlungen über Investitionsschutz und ISDS im Rahmen von TTIP sind bis zur Festlegung einer EU-Position ausgesetzt. Die EU-Kommission hat den EU-Mitgliedstaaten am 4. Mai ein Konzeptpapier zu Investitionsschutz und ISDS im Rahmen von TTIP vorgelegt. Das Konzeptpapier wurde von Kommissarin Malmström am 6. Mai im INTA-Ausschuss des Europäischen Parlaments sowie am 7. Mai im Handelsministerrat vorgestellt. Das Papier enthält keine konkreten Textvorschläge zur Ausgestaltung von Investitionsschutz-Bestimmungen, sondern abstrakte Ansätze. Die EU-Kommission plant, noch vor der Sommerpause ein konkretisierendes Papier zu erarbeiten. Die Bundesregierung wird sich aktiv an der Formulierung einer EU-Position beteiligen. Die endgültige Entscheidung über die Einbeziehung von Investitionsschutz und ISDS in TTIP wird erst nach Abschluss der Verhandlungen und Prüfung des Verhandlungsergebnisses getroffen werden.“

Abzuwarten bleibt, ob TPP (Trans-Pazifische Partnerschaft) im Sommer 2015 tatsächlich abgeschlossen wird und ob Obama seine Verhandlungsermächtigung (Trade Promotion Authority oder Fast Track) für TTIP vom Kongress bekommt. In den USA unterstützen mehr als 2.000 Organisationen Petitionen gegen Fast Track. Die EU-Kommission erwartet, dass TTIP erst dann in eine ernsthafte Verhandlungsphase kommt, wenn TTP abgeschlossen ist und wenn Obama TPA für TTIP im Kongress durchgesetzt hat.

EP-Resolution zu TTIP. Voraussichtlich am 10. Juni 2015. Nicht bindend, aber erstes wichtiges Meinungsbild.

Zugang von MS-Regierungen und Parlamentariern zu US-Dokumenten und zu konsolidierten Texten immer noch nicht abschließend geklärt.

CETA

Verhandlungen im August 2014 abgeschlossen. Verhandlungsergebnis umfasst 1.634 Seiten. Eingehend auf breite Kritik an der Intransparenz der Verhandlungen hat KOM den CETA-Text am 26. September 2014 veröffentlicht. Aktuell in der Phase des sogenannten „legal scrubbing“ = Überprüfung der Rechtsförmlichkeit, die sich laut BMWIE noch bis Ende 2015 hinziehen kann.

Danach mehrmonatige Übersetzung und abschließende Klärung, ob CETA ein gemischtes Abkommen ist. Dann Beschlüsse in Ecofin, EP und Europäischem Rat. Eventuell Ratsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit über die vorläufige Anwendung jener CETA-Teile, die eindeutig in die alleinige Kompetenz der KOM fallen (Handelsfragen im engeren Sinne).

Anschließend (wenn, wie zu erwarten, CETA als gemischtes Abkommen gilt) Ratifizierung in den MS. Zustimmung in ALLEN MS notwendig. Das heißt: Einzelne MS haben quasi Veto-Recht. Politisch rücken dann in die Vordergrund: Griechenland (eventuell Spanien, eventuell Frankreich, eventuell andere MS) und in Deutschland die Grünen. Im Bundesrat müssten (aktueller Stand) die Landesregierungen in Ba-Wü und in Hessen zustimmen, damit es für CETA eine Mehrheit geben kann.

PROTEST GEGEN TTIP + CETA

Protest nach wie vor stark und eher noch weiter zunehmend. Wirkung deutlich abzulesen an den hektischen Bemühungen der KOM und von Gabriel.

Globaler Aktionstag am 18. April 2015 war großer Erfolg. Sehr gute Beteiligung. 750 Veranstaltungen waren angemeldet, 1.000 Veranstaltungen haben stattgefunden. Deutlich besser als erwartet. München: 20.000 Demonstranten. Madrid 15.000 Leute. Frankreich und Österreich auch sehr aktiv. Leider wenig in London (war leider auch kein Thema im britischen Wahlkampf). Viele regionale Zeitungen haben berichtet, sehr gute Berichterstattung.

21. Mai Tag der Kultur gegen TTIP. Vorbereitet durch Deutschen Kulturrat und seine Mitgliedsorganisationen.

Anfang Juni G7 Aktivitäten in München / Elmau. Internationaler Gipfel der Alternativen in München (3. und 4. Juni). Großdemonstration gegen TTIP in München (4. Juni). Protest in Garmisch-Partenkirchen (6. und 7. Juni).

Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin. Großer Unterstützerkreis hat sich getroffen (20. Mai zweites Treffen). Erster Entwurf für den Aufruf kursiert. Gewerkschaften haben Interesse bekundet.

Selbstorganisierte Europäische Bürger-Initiative (sEBI). EBI von mehr als 450 Organisationen aus 25 Ländern unterstützt. Bis Ende April 2015 mehr als 1,7 Millionen Unterschriften gesammelt (1 Mio. aus Deutschland, 12 Länderquoten geknackt). Ziel bis Oktober 2015: deutlich mehr als zwei Millionen Unterschriften. Italien, Polen, Schweden und Niederlande kommen jetzt richtig ins Rollen. Lettland und Zypern fehlen noch mit Unterstützerorganisationen. Ende der zwölfmonatigen Unterschriftensammlung am 06. Oktober. Zum Abschluss große symbolische Aktion in Brüssel. Begleitet von dezentralen Aktivitäten. sEBI fordert, dass die gesammelten Unterschriften anerkannt werden und dass eine EP-Anhörung stattfindet.

SPD. Basis sehr TTIP-skeptisch. Parteikonvent am 21. Juni soll erneut beruhigen. Formelle Abstimmung über TTIP / CETA wahrscheinlich während des Parteitages im Dezember.

Union. CSU-Basis auch TTIP-kritisch. Ländliche Bürgermeister ablehnend bei Dienstleistungen und ISDS.

Gewerkschaften. Ver.di wird auf die Erwiderung Gabriels auf Bsirske erneut reagieren. Bei ver.di ist die Stimmung der Basis sehr kritisch und ablehnend. Gewerkschaftskongress im September hat Dutzende Anträge zu TTIP, die in die Richtung „TTIP stoppen“ gehen. Ver.di wird vermutlich zur Demo am 10. Oktober aufrufen. Andere Gewerkschaften weiterhin im Klärungsprozess.

Kommunen gegen TTIP. Läuft sehr gut. Viele Kommunen haben Resolutionen gegen TTIP+CETA verfasst.

Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Derzeit in Vorbereitung. Juristische Mittel stehen noch nicht im Mittelpunkt, werden aber allmählich wichtiger.

ISDS-Reformschläge der EU-Kommission sind völlig unzureichend

Die EU-Kommission hat die massive Kritik an Investor-Staat-Schiedsverfahren zur Kenntnis genommen und am 4. Mai 2015 unter dem Titel „Investment in TTIP and beyond – the path for reform“ ihre Reformvorschläge veröffentlicht.

Die Kommission will ausdrücklich **nicht** die Investitionskapitel und die ISDS-Bestimmungen in den beiden bereits verhandelten Abkommen mit Kanada (CETA) und Singapur ändern. Die Vorschläge der Kommission beziehen sich **allein auf künftige Freihandels- und Investitionsabkommen wie insbesondere TTIP**.

Das Reformpapier enthält denkbare, noch abzuwägende Klarstellungen jener Investment- und Investorenschutzregeln, die erstmals auch aus Sicht der Kommission als fragwürdig erscheinen. Die Kommission möchte ihre Vorschläge, wie sie selbst schreibt, als **unverbindliche Diskussionsbasis** verstanden wissen.

Die Kommission hat **vier Bereiche identifiziert, in denen es Reformbedarf gebe**:

- **Recht zu regulieren (Right to Regulate).** Denkbar sei in künftigen Verträgen ein eigenständiger Artikel, der dieses Recht näher beschreibt. Ergänzend könne explizit festgeschrieben werden, dass Staaten das Recht haben, die Zahlung von Subventionen zu beenden, wenn es Rechtsakte gibt, die solchen Zahlungen entgegenstehen.
Diesem Vorschlag liegt offenbar eine völlig absurde Klage gegen Rumänien zugrunde. Rumänien hatte die Zahlung von Subventionen an ein in Schweden registriertes Unternehmen zweier aus Rumänien stammender Brüder eingestellt, nachdem klar geworden war, dass diese Zahlung gegen EU-Recht verstößt. Daraufhin klagten die beiden Micula-Brüder vor einem Schiedsgericht gegen Rumänien und bekamen Recht. Dem Schiedsgericht zufolge hatte Rumänien gegen das im Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Schweden und der Regierung Rumäniens über Investitionsförderung und Investitionsschutz verankerte Gebot der fairen und gerechten Behandlung verstoßen. Anschließend bestätigte die EU-Kommission, dass Rumänien richtig gehandelt hat.
- **Schiedsgerichte.** Für Klagefälle in Frage kommende Schiedsrichter sollen auf einer Liste eingetragen sein, auf die sich die Vertragspartner vorab einigen. Schiedsrichter sollen Qualifikationen aufweisen, die auch von Richtern ihres Heimatlandes verlangt werden.
- **Berufungsmechanismus.** Für ISDS-Fälle solle es einen bilateralen Berufungsmechanismus geben, der sich am Berufungsgericht der WTO orientiert.
- **Verhältnis ISDS zu inländischen Gerichten.** Die EU solle parallele Klagen vor einem Schiedsgericht und einem inländischen Gericht verhindern – entweder indem Investoren von Beginn an zwischen ISDS und inländischen Gerichten zu wählen haben oder indem die Anrufung eines inländischen Gerichts ausgeschlossen ist, sobald eine ISDS-Klage eingereicht wurde. Zusätzlich sei klarzustellen, dass inländisches Recht von Schiedsgerichten weder anzuwenden noch bindend zu beeinflussen sei.

Diese Reformen würden, wenn sie zur Anwendung kämen, die Klageverfahren klarer strukturieren, die Auswahl der Schiedsrichter verändern und die Chance zur Berufung einräumen. **Gleichwohl rütteln diese Reformvorschläge in keiner Weise am einseitigen Klageprivileg für Investoren. Staatliche Politik wäre weiterhin dem Klagerisiko und dem mit diesem Risiko verbundenen Einschüchterungseffekt ausgesetzt. Die Gefahr, dass sich Politik nicht traut, notwendige Standards zu setzen oder zu verändern und sonstige Wohlfahrtsziele zu verfolgen, bliebe vollauf bestehen.**

Den Reformvorschlägen mangelt es auch an Implementierungswillen. Es ist seitens der EU-Kommission keine Rede davon, die als Schwachstellen erkannten ISDS-Probleme zügig zu beheben und in den Verträgen mit Kanada und Singapur für die entsprechenden Änderungen zu sorgen.

Wenn es jedoch zur Ratifizierung von CETA käme, liefe selbst der bescheidene Reformwille der Kommission ins Leere, weil die Masse der transatlantischen Investmentströme bereits von ISDS erfasst wäre. Denn nahezu alle

großen US-Unternehmen sind mit erheblichen Aktivitäten in Kanada vertreten und können damit das CETA-Abkommen für ihre Zwecke nutzen.

Der Lackmustest für den bescheidenen Reformwillen der Kommission ist also das CETA-Abkommen. Der ausverhandelte CETA-Vertrag ist zurückzuweisen, weil er in allen wesentlichen Punkten den Vorschlägen der Kommission widerspricht. Gleichfalls ist das Mandat, das die EU-Kommission für die TTIP-Verhandlungen erhalten hat, mindestens im Sinne der nun veröffentlichten Reformbemühungen zu ändern.

ISDS-Fakten

Die Anzahl der Investor-Staat-Schiedsverfahren ist in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Gemäß UNCTAD-Statistik gab es **weltweit bis Ende 2014 insgesamt 608 bekannte Klagefälle** (UNCTAD, IIA Issues Note, No. 1, February 2015). Allein in 2014 sind 42 Fälle hinzugekommen. Die tatsächliche Zahl der Klagefälle dürfte laut UNCTAD deutlich höher liegen.

US-Unternehmen gehören zu den aggressivsten Klägern. Von den 608 bekannt gewordenen Klagefällen wurden 130 von US-Konzernen veranlasst.

92 Prozent der bisher verhängten ISDS-Entschädigungszahlungen fließen an Konzerne beziehungsweise an reiche Einzelinvestoren (gemäß Gus van Harten, Professor für internationales Investmentrecht an der York University in Toronto, Kanada):

- 64 Prozent an Konzerne mit mehr als zehn Milliarden US-Dollar Umsatz
- 12 Prozent an Konzerne mit einem Umsatz zwischen einer Milliarde und zehn Milliarden US-Dollar
- 16 Prozent an reiche Einzelinvestoren mit einem Privatvermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar.

Auch die Bundesrepublik Deutschland ist betroffen. Der Stromkonzern Vattenfall beruft sich auf die „Energy Charta Treaty“ und verlangt 4,7 Milliarden Euro als Entschädigung für den Atomausstieg, der mit breiter Unterstützung der Bevölkerung beschlossen worden ist.

Laut Pressberichten hat Italien angekündigt, angesichts diverser Entschädigungsklagen aus dem „Energy Charta Treaty“ aussteigen zu wollen.

Südafrika, Australien und andere Länder haben ihrerseits begonnen, Freihandels- und Investitionsabkommen zu kündigen.

Auszüge aus Protokollen Handelspolitischer Ausschüsse

Gesendet: Freitag, 24. April 2015 11:00:13

Betreff: BRUEEU*1628: 507. EWSA-Plenartagung in Brüssel am 22./23. April 2015

Reform ISDS

Die für Handel zuständige Kommissarin Cecilia Malmström thematisierte Nutzen, Chancen und Risiken von TTIP.....**Eine Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) durch Schiedsgerichte sei grundsätzlich nützlich und notwendig, die bisherigen Ansätze seien aber reformbedürftig und müssten modernisiert werden. Ein internationaler Rahmen für Streitschlichtungen sei prinzipiell eine gute Idee, die konkrete Ausgestaltung und insb. die Klärung der Finanzierung benötige aber Zeit.**

Gesendet: Montag, 23. März 2015 13:45:58

Betreff: BRUEEU*1217: Sitzung des INTA-Ausschusses des EP am 18.03.2015

Reform ISDS

Laut MEP Reding sei ein internationales Investitionsgericht mit öffentlich bezahlten Richtern eine mögliche Alternativlösung. Dieser Vorschlag fand fraktionsübergreifend Unterstützung....

Gesendet: Montag, 6. April 2015 02:26:53

Betreff: BRUEEU*1412: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Gefahren – Agrar und Fleisch

Mehrere MS gingen auch auf ein mögliches TTIP-Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen (SPS) ein. HUN äußerte seine Besorgnis zum hierzu von den USA vorgelegten Textschlag. Womöglich könnten unter dem Begriff "modern agricultural technologies" auch heikle gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) subsumiert werden. HUN machte deutlich, dass es "schwierig" sei, den US-Text zu übernehmen. ITA wies auf bestehende Probleme mit den USA im SPS-Bereich hin (u.a. bei Fleisch). Hier müssten schnell Fortschritte erzielt werden (ähnlich HRV).

Problem Geheimhaltung

DEU informierte, dass es von US-Seite nach wie vor keine Rückmeldung zur übermittelten Liste von 130 Regierungsmitarbeitern gegeben habe, die Zugang zum Leseraum in der US-Botschaft in Berlin erhalten sollten; einen Leseraumzugabe gebe es nicht (sinngemäß auch LIT). Nach den DEU vorliegenden Informationen seien auf US-Seite auch noch keinerlei praktische Maßnahmen zur Einrichtung des Leseraums getroffen worden. Auch FIN und SVK berichteten, immer noch keinen

Zugang zum Leseraum in der US-Botschaft bzw. keinerlei Rückmeldung von den USA erhalten zu haben. DEU unterstrich zum wiederholten Mal, dass Leseräume in US-Botschaften mittelfristig nicht ausreichen; ein direkter Zugang zu Dokumenten etwa über eine sichere Datenbank notwendig sei.

KOM informierte, dass man sich auf US-Seite auch nachdrücklich für Leseräume innerhalb der Regierungen der EU-MS einsetze. Hierzu sei es notwendig, dass es nicht nur einen gesicherten Raum, sondern auch einen Sicherheitsbeauftragten gebe, der Aufsicht führe. KOM bat die MS ausdrücklich darum, sich zu melden, sollten einzelne MS nicht über entsprechende Strukturen innerhalb ihrer Regierung verfügen, die für den Zugang zu konsolidierten TTIP-Verhandlungstexten genutzt werden können.

Gesendet: Montag, 6. April 2015 02:23:53

Betreff: BRUEEU*1411: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Gefahr der Aufweichung von Vergaberichtlinien

DEU unterstrich, dass in der EU durch TTIP keine neuen Verpflichtungen übernommen werden dürften, die über die Bestimmungen des reformierten europäischen Vergaberechts hinausgingen. Insbesondere die in den EU-Vergaberichtlinien verankerten Möglichkeiten für Inhouse-Vergaben und Public-Private-Partnership sowie Bereichsausnahmen für bestimmte Rettungsdienste und die Trinkwasserversorgung dürften durch TTIP nicht in Frage gestellt werden. Weiterhin müsse eine ausdrückliche Regelung angestrebt werden, wonach Bereiche, die wesentliche Sicherheitsinteressen berühren, nicht durch Bestimmungen in TTIP zum öffentlichen Beschaffungswesen berührt sind (Unterstützung hierfür von NLD und GRC).

Deal Öffentliches Beschaffungswesen - Agrar

Es wäre eine qualitative Veränderung in der US-Vergabepolitik und ein sehr signifikantes Ergebnis ("very significant outcome"), wenn EU-Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zum US-Beschaffungsmarkt auf föderaler Ebene und zum flow down erhielten. Bis jetzt gebe es jedoch noch keine Anzeichen, dass sich die USA in diese Richtung bewegen. In jedem Fall sei aber klar: Ein von den USA gefordertes hohes Ambitionsniveau im Agrarbereich erfordere auch ein hohes US-Ambitionsniveau bei öffentlichen Beschaffungen.

Negativlistenansatz umstritten – hier Belgien

BEL wies darauf hin, dass die Verwendung von Negativlisten zur Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte aus BEL-Sicht schwierig sei.

KOM nennt ISDS als Mittel gegen restriktive US-Energiepolitik (exakt solche Erwägungen wird es auch auf US-Seite geben)

KOM erwiderte, dass man Zugang zu US-Energierohstoffen brauche. Wenn die USA nun ein "semi-automatic licensing" für Erdgas gewährten, sei dies ein großer Fortschritt. Würden die USA dann nach Abschluss von TTIP gegen

die selbst auferlegten Verpflichtungen (etwa durch die Verabschiedung nationaler Gesetze) verstoßen, so könnte man gegen die USA gerichtlich vorgehen und würde den Streitfall automatisch gewinnen.

Gesendet: Montag, 6. April 2015 02:22:33

Betreff: BRUEEU*1410: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Deal bei Dienstleistungen

Kom. Malmström und USTR Froman haben sich auf einen Austausch überarbeiteter Dienstleistungsangebote zur 10. TTIP-Verhandlungsrunde im Juli verständigt. Die Verhandlungen über den Dienstleistungshandel werden - im Unterschied zu CETA - auf Basis eines Hybrid-Ansatzes erfolgen; d.h. Negativliste für "national treatment commitments" und Positivliste für den Marktzugang. KOM hat der US-Seite in einzelnen Dienstleistungsbereichen CETA-Parität zugesichert, wenn die USA ihrerseits weitergehende Verpflichtungen in diesen Bereichen eingehen.

Deal im Energiebereich

Darüber hinaus haben die USA ihre Bereitschaft signalisiert, den Erdgashandel mit der EU zu liberalisieren ("semiautomatic licensing"), wenn die EU den USA im Erdgasbereich Inländergleichbehandlung ("national treatment") gewährt.

Widerstand zeigt Wirkung

KOM berichtete von den jüngsten Entwicklungen zur TTIP-Resolution und von der aktuellen TTIP-Diskussion in der Öffentlichkeit. Das EP werde die TTIP-Resolution womöglich erst im Juni – und nicht wie bisher geplant im Mai – verabschieden. Es gebe zur TTIP-Resolution mittlerweile ca. 1.400 Änderungsvorschläge von 14 mitberatenden EP-Ausschüssen. In den Ausschüssen und Fraktionen werde am intensivsten über die mögliche Einbeziehung eines Investor-Staat-Schiedsverfahrens (ISDS) diskutiert. Im Rahmen der NGO-Kampagne 'Stop TTIP' seien in der EU mittlerweile über 1,5 Mio. gegen das Abkommen gesammelt worden. KOM berichtete zudem davon, dass sich auch Städte und Gemeinden in den MS verstärkt mit TTIP befassen. KOM habe von Kommunen in der EU über 100 Resolutionen zu TTIP erhalten.

Deal Öffentliches Beschaffungswesen - Agrar

KOM habe den USA sehr deutlich gemacht, dass ein hohes US-Ambitionsniveau im Agrarbereich ein hohes US-Ambitionsniveau bei öffentlichen Beschaffungen erforderlich mache. Fortschritte in Richtung eines überarbeiteten Zollangebots seien also an Fortschritte bei der Festlegung der Verhandlungsarchitektur zum Öffentlichen Auftragswesen geknüpft.

Umfassende Deals bei den Dienstleistungen

KOM berichtete von einer neuen Dynamik im Dienstleistungsbereich. Kom. Malmström und USTR Froman hätten sich darauf verständigt, dass die EU und die USA zur 10. TTIP-Verhandlungsrunde im Juli ihre jeweiligen überarbeiteten Dienstleistungsangebote austauschen. Auf EU-Seite müssten nun im Handelspolitischen Ausschuss 'Dienstleistungen und Investitionen' (TPC SI) die vorbereitenden Arbeiten erfolgen.

Eine der größten Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang sei, dass zu Beginn der TTIP-Verhandlungen sowohl die USA als auch die EU ihr Versprechen gegeben hätten, dem jeweils anderen das "best possible treatment" zu geben. Auf EU-Seite sei zum damaligen Zeitpunkt das EU-KOR Freihandelsabkommen hierfür "benchmark" gewesen. Mittlerweile habe die EU aber CETA abgeschlossen. Die USA forderten von der EU nun Verhandlungen im Dienstleistungsbereich auf Basis von CETA.

KOM machte deutlich, dass in den USA im Dienstleistungsbereich auf subföderaler Ebene nach wie vor Transparenzprobleme bestünden. Die US-Verpflichtungen müssten sich in den EU-Verpflichtungen widerspiegeln; es sei Symmetrie erforderlich. KOM kündigte an, dass die Verhandlungen über den Dienstleistungshandel - im Unterschied zu CETA - auf Basis eines Hybrid-Ansatzes erfolgen werden; d.h. Negativliste für "national treatment commitments" und Positivliste für den Marktzugang. Bei CETA sei im Dienstleistungsbereich ausschließlich mit Negativlisten gearbeitet worden.

KOM habe der US-Seite zugesichert, in einzelnen Bereichen CETA-Parität gewähren zu wollen, wenn die USA ihrerseits weitergehende Verpflichtungen in diesen Bereichen eingehen:

CETA-Parität für "financial services" unter der Voraussetzung, dass sich die USA auf eine "roadmap" zur "financial services regulation" verpflichten;

CETA-Parität für Dienstleistungen im Bereich Energie und Rohstoffe, sofern in TTIP ein für die EU akzeptables Paket im Bereich Energie und Rohstoffe genschnürt werden könne;

CETA-Parität für "professional services" unter der Voraussetzung, dass man bei der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen/Abschlüssen und Berufsqualifikationen vorankomme.

Zu öffentlichen Dienstleistungen ("public services") hätten Kom. Malmström und USTR Froman kürzlich eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Hier bleibe der Politikspielraum für die MS in vollem Umfang erhalten. Die USA hätten sich hier auf die EU zubewegt. KOM forderte die MS auf, die Vereinbarungen mit den USA zu öffentlichen Dienstleistungen entsprechend zu kommunizieren.